

Der Bürger und der Abgeordnete

oder

PISA im deutschen Bundestag

oder

Die neue Lehre der Euronomics

von

Dieter Spethmann

Wie meine Leser wissen, bemühe ich mich seit Jahren um Klärung der Frage, welches Bewusstsein einzelne Abgeordnete des Deutschen Bundestages von der Komplexität ihrer Aufgabe haben, vulgo: Ob und inwieweit sie im Einzelfall übersehen, was sie beschließen. Das Bundesverfassungsgericht hat diesem Thema in seiner Entscheidung zum Europäischen Haftbefehl viele Seiten gewidmet.

Die Internetseite abgeordnetenwatch.de war und ist mir in diesem Zusammenhang eine große Hilfe. Sie veröffentlichte am 10. Dezember 2006 diesen Brief an eine Abgeordnete:

„Frankreich, Spanien, Italien, Portugal, Griechenland und Irland erleiden Jahr für Jahr Defizite in ihrem Außenhandel. Sie strengen sich nicht genug an, um im Wettbewerb der Globalisierung zu bestehen. Nach normalen ökonomischen Spielregeln müssten sie für die Finanzierung dieser Defizite verzinsliche und rückzahlbare Kredite im Ausland aufnehmen. Das tun sie aber nicht. Vielmehr lassen sie sich von ihren Brüdern im Eurosystem aushalten: Deutschland, die Benelux-Länder, Österreich, Finnland. Denn diese erzielen Jahr für Jahr Überschüsse, die sie den Defizitbrüdern zur Verfügung stellen (müssen). Dadurch wird verhindert, dass die Überschussländer ihre Terms of Trade verbessern, was aber für eine Steigerung der Massenkaufkraft, vor allem in Deutschland, unerlässlich ist. Finden Sie das richtig, und falls ja: Wo ist die Rechtsgrundlage für dieses Vorgehen, das dem Art 103 des EG-Vertrages widerspricht?“

In Art 103 des EG-Vertrages versichern sich die Mitgliedsländer der EU27 hoch und heilig, füreinander nicht zu haften, also auch nicht die finanzielle Hilfe eines oder mehrerer anderer zu suchen:

Artikel 103

(1) Die Gemeinschaft haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens. Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.

Wäre es anders, wäre das EU-Budget, bei dessen Erstellung die 27 Mitglieder um die zweite Stelle hinter dem Komma feilschen, nur ein Stück Papier. Aber vielleicht merken unsere Politiker nicht, dass sich außerhalb des EU-Budgets Finanztransfers abspielen? Immerhin möglich. Denn ich konstatiere seit Einführung des Euro Vorgänge, die von größerer Auswirkung sind als alles, was sich seit Beginn der europäischen Verträge ereignet hat – Vorgänge, die Wortlaut und Geist des Art 103 diametral widersprechen. Der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus spricht von „Währungssozialismus.“ Am 30. Mai 2007, nach immerhin mehr als fünf Monaten Studium, Abwägung, Formulierung und Politur des Antworttextes durch meine Korrespondenzpartnerin, kam diese Antwort:

„Sehr geehrter Herr Spethmann,

in der Lissabon-Strategie hat die EU das Ziel formuliert, dynamischster Wirtschaftsraum der Welt werden zu wollen. Dazu ist erforderlich, dass das Wachstum in der gesamten Union verstetigt wird. Die Mitglieder der EU haben Kriterien aufgestellt, um Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und den Übergang zur Wissensgesellschaft in allen Mitgliedsstaaten zu befördern.

Wenn Europa seine ehrgeizigen Ziele erreichen möchte, muss es den gemeinsamen Wirtschaftsraum stärken. In Deutschland unterstützen wirtschaftlich stärkere die schwächeren Bundesländer. Innerhalb der EU werden Fördermittel ebenfalls danach verteilt, dass besonders die schwächeren Regionen den Anschluss an die stärkeren finden. Während früher wirtschaftlich schwächere Länder, die insbesondere in ihrer Außenhandelsbilanz schlechte Karten hatten, durch Abwertungen ihrer Währungen

die Möglichkeit hatten, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, kann dies im Euro-Raum nicht mehr funktionieren. Dies hat unter anderem zu einer Stärkung der deutschen Wirtschaft geführt. Die schwächeren Länder müssen im einheitlichen Wirtschaftsraum ihre Wettbewerbsfähigkeit durch innere Reformen verbessern.

Deutschland ist Exportweltmeister, hat also immense Handelsbilanzüberschüsse. Einige der Abnehmer der deutschen Produkte, auch innerhalb Europas, hingegen importieren mehr Güter und Dienstleistungen als sie exportieren, haben also Handelsbilanzdefizite. Die dadurch entstehende Stärkung der deutschen Wirtschaft wirkt sich positiv auf unser nationales Wirtschaftswachstum aus, birgt aber auch die Chance wirtschaftlichen Wachstums für die gesamte EU. Außenhandelsdefizite anderer Länder sind daher nicht per se für Deutschland nachteilig, sondern sichern erst die Position als Exportweltmeister.

Daran ändert sich auch nichts durch die Tatsache, dass Deutschland als Teil der EU, die nicht nur wirtschaftlich notwendig und sinnvoll ist, sondern auch politische Stabilität bringt und daher von mir und meiner Partei nicht angezweifelt wird, Verpflichtungen hat, auch die schwächeren Länder zu unterstützen und in den Aufschwung mitzuziehen. Nur gemeinsam wird die EU ihre ehrgeizigen Ziele erreichen. Daher halte ich den grundsätzlich von Ihnen kritisierten Mechanismus der gegenseitigen Unterstützung innerhalb der EU für erforderlich und positiv. Davon profitieren im Übrigen auch die Regionen innerhalb Deutschlands, die wirtschaftlich noch Aufholbedarf haben.

Mit freundlichen Grüßen ... “

Kein Wort also zu der von mir gestellten Frage nach Einhaltung des Art 103 EGV. Wohl aber eine neue Lehre: Die Euronomics.

Erstaunlich, aber dankenswert. Denn so erfährt der Bürger, dass jede Vorschrift des gültigen EG-Vertrages nur noch auf dem Papier steht, wenn die EU es anders will. Eine neue Lehre? Jedenfalls ein Handeln im Zwielficht, das unsere politische Klasse bevorzugt. Aber jenseits dieser Rechtsfrage:

Die „Lissabon-Strategie,“ eine im Jahre 2000 in einem Anflug von Größenwahn formulierte politische Zielsetzung der EU, bis 2010 dynamischster Wirtschaftsraum der Welt werden zu wollen (eine Zielsetzung, die zu keiner Zeit realistisch war oder ist), soll rechtfertigen, was innerhalb des Eurosystems an „Verrechnungen“ geschieht. Abenteuerlich. Wie kann eine politische Absichtserklärung das feierlichen Paragrafenwerk eines

EU-Vertragswerkes aushebeln? Deshalb schob ich unmittelbar nach Eingang der Antwort folgende Frage nach:

„Sehr geehrte Frau ...

Vielen Dank für Ihre in sich widersprüchliche Antwort. Wäre Deutschland (und die anderen fünf) ohne Exportüberschuss, müssten die sieben Defizitbrüder sich anstrengen, um ihren Lebensstandard zu halten. Dann würde sich zeigen, dass sie ohne Abwertung im Wettbewerb der Globalisierung nicht mithalten können. So aber transferierte Deutschland allein in 2006 rd 7% seines BIP (rd € 160 Mrd) in einer für die Bürger unerkannten Weise als Quersubvention an die Defizitbrüder. Was sagen Ihre Wähler dazu?

Hochachtungsvoll Dieter Spethmann“

Die Antwort kam diesmal in 24 Stunden:

Sehr geehrter Herr Spethmann,

für Ihre erneute Frage bzw. Ihren Kommentar zu meiner Antwort danke ich Ihnen.

Die FDP steht als Europapartei zu den Verpflichtungen, die Deutschland im Rahmen der Europäischen Union eingegangen ist. Zur EU gibt es keine Alternative. Der gemeinsame Wirtschafts- und Währungsraum bringt für alle Mitgliedsstaaten und insbesondere für Deutschland enorme Vorteile. Auch die gemeinsame Agrarpolitik sowie die europäische Abstimmung in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen sind positiv. Zum Zusammenwachsen Europas gehört aber auch die gegenseitige Unterstützung. Die Verpflichtungen, die Deutschland wie auch alle anderen Mitgliedsstaaten eingegangen sind, andere zu unterstützen korrespondiert mit der Hilfe, die auch Deutschland von der EU und damit von den übrigen Mitgliedsstaaten erhält.

Die FDP setzt sich in Deutschland wie auch in Europa für größte Haushaltsdisziplin ein. Alle Ausgaben müssen beständig auf den Prüfstand gestellt werden. So hat die FDP beispielsweise die gerade umgesetzte Agrarreform begrüßt, da EU-Mittel nun zielgerichteter verwendet werden und nicht mehr Überproduktion fördern. Dennoch besteht kein Zweifel, dass das Grundprinzip der gegenseitigen Unterstützung durch Finanztransfers in der EU notwendig und richtig ist.

Das Bekenntnis zu Europa und der EU ist mit dem Programm der FDP untrennbar verbunden. Das wissen die Wählerinnen und Wähler der FDP, die bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament die FDP mit 6,1% den Einzug ermöglichten. Ich bin mir sicher, dass, auch wenn es zum Teil auch durchaus berechtigte Kritik an der Mittelverteilung oder der Politik der EU gibt, die Wählerinnen und Wähler der FDP ebenso wie ich davon überzeugt sind, dass das europäische Zusammenwachsen und

die Europäische Union Garanten für Stabilität, Frieden und wirtschaftliches Wachstum in Europa sind.

Mit freundlichen Grüßen ... MdB

Kein Zweifel. Wir haben eine neue Lehre. Beide Schreiben verkünden dieses. Der Leser darf wählen zwischen „Erlaubt ist, was gefällt“ und „Der Zweck heiligt die Mittel.“ In meinen Worten: Euronomics. Im einzelnen:

Erstens. Das Eurosystem ist ein enteignungsgleicher Eingriff in die Volkswirtschaften derjenigen Euro-Mitgliedsländer, die entweder niedriger inflationieren als die anderen oder Leistungsbilanzüberschüsse erzielen. Für Deutschland trifft beides zu. Deshalb die „Absaugung“ von rd 7% unseres BIP im vergangenen Jahr als Quersubvention für andere Euro-Brüder.

Zweitens. All diese Vorgänge finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. In keiner Berichterstattung ist darüber etwas zu finden, nicht der EU, nicht der EZB, nicht der Bundesregierung.

Drittens. Dieses Vorgehen erlaubt den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, als „Wahrnehmung deutscher Interessen“ zu deklarieren und für „rechens“ zu erklären, was es in Wirklichkeit nicht ist. Daran lassen die Antworten meiner Korrespondenzpartnerin keinen Zweifel: Euronomics, die neue Lehre.

Viertens. Für mich ist all dieses grundgesetzwidrig.

Schließlich. Jetzt verstehe ich, dass es im Deutschen Bundestag nicht als störend empfunden wird, wenn Deutschland im pro-Kopf-Einkommen trotz aller Anstrengungen seiner Bürger nur noch Nr 20 in der Welt ist, während es 1989 noch in der Spitze gelegen hatte. Jetzt verstehe ich, dass es im Bundestag nicht irritiert, wenn heute im pro-Kopf-Einkommen die Euro-Staaten Luxemburg, Irland, Niederlande, Österreich, Belgien und Finnland vor Deutschland liegen. Jetzt verstehe ich, warum dieses ständig weitergehende Abgleiten Deutschlands in den Betrachtungen meiner Korrespondenzpartnerin fehlt. Es interessiert nicht. Ich aber halte dieses für die Schlüsselfrage: Das Wohlergehen unseres Volkes, der Lohn für Mühe, Fleiss und Anstand.